



Regionalpolitische Positionen

zur Kommunalwahl 2024

Inhalt

Inhalt

Vorwort der IHK-Präsidentin und des Hauptgeschäftsführers

Überregionale Handlungsfelder der kommunalen Standortentwicklung

Kommunale Verwaltungen und Finanzen 4

Gewerbeflächen 6

Zuwanderung von Arbeits- und Fachkräften 8

Innenstadtmanagement und Gastgewerbe 10

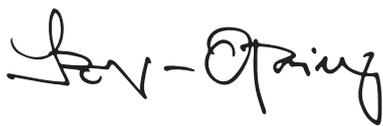
Agenda für eine starke Wirtschaft im Landkreis 12

Impressum

Vorwort

Mit einem starken Mittelstand ist die Wirtschaft der Motor für den Wohlstand unserer lebenswerten Region. Rund 105.000 Mitgliedsunternehmen aus Industrie, Handel und dem Dienstleistungssektor sichern Wertschöpfung, Beschäftigung und Steuereinnahmen in den Kommunen. Allein über die Gewerbe- und Grundsteuer bringen Betriebe rund die Hälfte der kommunalen Steuereinnahmen auf, hinzu kommen indirekte Einnahmeeffekte über die Einkommensteueranteile. Die Betriebe finanzieren damit einen großen Teil der öffentlichen Haushalte und schaffen so erst die Grundlage für öffentliche Dienstleistungen auf kommunaler Ebene.

Kommunalpolitische Entscheidungen müssen deshalb immer auch die unternehmerischen Belange vor Ort im Blick haben, denn in den Städten, Gemeinden und Kreisen werden wichtige Weichen gestellt. Und angesichts der vielfältigen Krisen der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart ist es umso wichtiger, dass die lokalen Standortfaktoren vor Ort wirtschaftsfreundlich gestaltet werden. Mit den regionalpolitischen Positionen zur Kommunalwahl 2024 zeigt die IHK Koblenz dafür konkrete Handlungsfelder und -bedarfe auf und macht Vorschläge für die kommunale Standortentwicklung. Wir möchten diejenigen, die in der kommenden Wahlperiode kommunalpolitisch Verantwortung übernehmen wollen, zum engen Dialog mit der Wirtschaft einladen. Lassen Sie uns gemeinsam die kommunale Selbstverantwortung stärken und für bestmögliche Standortbedingungen eintreten. Unser Ziel ist es, von Altenkirchen im Norden bis Birkenfeld im Süden unseres IHK-Bezirks gemeinsam an einer zukunftsfähigen Kommunalentwicklung zu arbeiten.



Susanne Szczesny-Obing
Präsidentin der IHK Koblenz



Arne Rössel
Hauptgeschäftsführer der IHK Koblenz

ÜBERREGIONALE HANDLUNGSFELDER DER KOMMUNALEN STANDORTENTWICKLUNG: **Kommunale Verwaltungen und Finanzen**



Bürokratische und steuerliche Belastungen als Risikofaktor für Unternehmen:

Ob digitale Kontaktnachverfolgung während der Corona-Pandemie, Antragsverfahren für die Wiederaufbauhilfe im Ahrtal oder Umstieg auf alternative Energieträger während der Energiepreiskrise – die jüngsten Krisen haben die Schwerfälligkeiten im deutschen Verwaltungsapparat schonungslos offengelegt. Die Komplexität neuer politischer Herausforderungen und föderale Strukturen, „Behörden-Deutsch“ und Personalmangel, aber auch ein häufig veraltetes Verwaltungsleitbild in den Behörden führen dazu, dass die Frustration bei Unternehmerinnen und Unternehmern oft groß ist. Und infolge der Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs in Rheinland-Pfalz kam es im Jahr 2023 zu flächendeckenden und zum Teil sprunghaften Erhöhungen der Gewerbe- und Grundsteuern. Der durchschnittliche Hebesatz bei der Grundsteuer B ist auf 481 Prozent (+ 50 Prozentpunkte gegenüber 2022) gestiegen, bei den Gewerbesteuern auf 377 Prozent (+ 27 Prozentpunkte). Bei der Grundsteuer B haben drei von vier Kommunen den Hebesatz erhöht, bei der Gewerbesteuer 60 Prozent.

Best Practices als Lichtblicke:

Trotz aller Probleme haben die Krisen aber auch gezeigt, dass Pragmatismus möglich ist. Mit vielen begleitenden Maßnahmen – auch in Abstimmung mit den Kommunen vor Ort – konnten die Unternehmen beispielsweise bei der Wiedereröffnung nach den Corona-Lockdowns unterstützt werden. Im Sinne einer modernen Verwaltung müssen diese positiven praktischen Erfahrungen aus der Pandemie daher unbedingt erhalten werden und dürfen kein Sondereffekt bleiben.

Ein starker Wirtschaftsstandort braucht eine handlungsfähige und moderne Verwaltung:

Kein weiteres Drehen an der Steuerschraube: Gesunde Kommunal Finanzen sind Voraussetzung, um die Standortbedingungen vor Ort aktiv mitgestalten zu können, doch Steuererhöhungen bei Grund- und Gewerbesteuern sollten kein Mittel sein, um einen Haushaltsausgleich herbeizuführen. Denn andere Maßnahmen gehen weniger zu Lasten der Standortbedingungen. Dazu gehört, dass Einnahmepotenziale, wie die verursachergerechtere Bepreisung kommunaler Leistungen, zuerst gehoben werden müssen. Zugleich muss auch die Ausgabenseite kritisch betrachtet werden, indem öffentliche Leistungen und Aufgaben noch stärker auf ihre Relevanz überprüft und priorisiert werden. Den Kommunen muss es gleichzeitig möglich sein, ihr geringes Investitionsniveau zu steigern. Die Wirtschaft erwartet daher auch mehr Miteinander zwischen Land und Kommunen. Letztere müssen finanziell so ausgestattet sein, dass ihr Bedarf für Pflichtaufgaben und Auftragsverwaltung sowie für ein Mindestmaß an freiwilligen Leistungen erfüllt werden kann.

Dienstleistungsorientierung und Digitalisierung: Kommunale Verwaltungsbehörden müssen die Wirtschaft mit einfachen und schnellen Verfahren lösungsorientiert unterstützen. Nötig hierfür ist eine Kultur und Haltung der ermöglichenden Verwaltung, die Ermessensspielräume nutzt und Verständnis sowie Interesse für die Belange der Unternehmen aufbringt. Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter müssen dafür idealerweise schon in der Ausbildung oder durch gezielte Weiterbildung und Hospitationen wirtschaftliches Praxiswissen erwerben. Die Digitalisierung muss darüber hinaus als entscheidendes Instrument genutzt werden, um bürokratische Prozesse zu optimieren und eine effizientere, serviceorientierte Verwaltung zu etablieren.

Schnellere Planungs- und Genehmigungsprozesse: Gerade die Dauer und die steigende Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren werden unabhängig von Branchen und Unternehmensgröße immer mehr zum Standortrisiko. Um die Wirtschaft zukunftsfähig auszurichten, müssen Unternehmen aller Branchen und Größen, schneller als bisher, neue Vorhaben realisieren oder bestehende Anlagen modernisieren können.

Interkommunale Zusammenarbeit: Die Kommunalstruktur in Rheinland-Pfalz ist sehr kleinteilig. Hier geht viel Effizienz verloren. Eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit muss deshalb intensiv geprüft werden. Denn um dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen, der auch viele Kommunen erfasst hat, ist eine Bündelung von Aufgaben unerlässlich.

Angebot der IHK – Bürokratieabbau im Gesamtinteresse der Wirtschaft voranbringen:

- **IHK-Bürokratiemelder:** Bürokratieabbau ist und bleibt eine Daueraufgabe. Mit dem [IHK-Bürokratiemelder](#) haben Mitgliedsunternehmen seit Anfang 2023 permanent die Möglichkeit, ihre bürokratischen Belastungen zu schildern. Diese dienen – selbstverständlich anonym – als Grundlage für Gesprächstermine mit Politik, Verwaltung und Presse und der Zusammenführung von Stakeholdern an sog. Runden Tischen. Zudem werden die Fallbeispiele für Rückmeldungen zu Verbändeabfragen von Ministerien genutzt. Darüber hinaus wird den Unternehmen angeboten, individuelle Beratung zu ihrem Fall zu erhalten. Diese kann beispielsweise die rechtliche Einordnung betreffen, aber auch die Vermittlung in der Zusammenarbeit mit Behörden sowie Recherchearbeiten und Hinweise auf weiterführende Informationen.

Kontakt

Fabian Göttlich

Geschäftsführer Interessenvertretung

☎ 0261 106-214

✉ goettlich@koblenz.ihk.de

Manuel Heigl

Referent für wirtschaftspolitische
Grundsatzfragen

☎ 0261 106-267

✉ heigl@koblenz.ihk.de

ÜBERREGIONALE HANDLUNGSFELDER DER KOMMUNALEN STANDORTENTWICKLUNG:

Gewerbeflächen

Gewerbeflächen als Entwicklungspotenziale verstehen:

Damit Unternehmen am Standort erfolgreich sein können, müssen die Rahmenbedingungen vor Ort stimmen. Neben den Verkehrsinfrastrukturen, dem ÖPNV-Angebot, den Glasfaser- und Mobilfunkanschlüssen sowie den Energienetzen hängt die wirtschaftliche Entwicklung von Kommunen maßgeblich vom Flächenangebot ab. Die Attraktivität bestehender Gewerbegebiete sowie das neu zu entwickelnde Flächenangebot sind dabei die entscheidenden Faktoren. Günstige Rahmenbedingungen beeinflussen nicht nur Ansiedlungsentscheidungen und Investitionsvorhaben positiv, sie haben auch Einfluss auf die Attraktivität einer Region als Arbeits- und Lebensraum, von denen am Ende auch die Kommunen profitieren. Ein effizientes und zukunftsgerichtetes Wachstum sowie ein verantwortungsvoller Umgang mit Fläche als Gemeinschaftsaufgabe sind deshalb unabdingbar.

Gutachten Industrie- und Gewerbeflächenstrategie Rheinland-Pfalz:

Die Umsetzung der landesweiten Industrie- und Gewerbeflächenstrategie 2030 ist dringend erforderlich und sollte die Weichen für eine angemessene und flexible Ausstattung mit entsprechenden Flächen stellen. Bis dahin sind auch die Kommunen gefordert, sich für eine angemessene und flexible Flächenvorsorge einzusetzen.

Förderung und Sicherung von Gewerbeflächen durch vorausschauende Flächenpolitik:

Ausreichend marktgerechte Flächen für eine starke Wirtschaft bereitstellen: Der Engpass an Industrie- und Gewerbeflächen hat sich in den vergangenen Jahren erheblich verschärft. Zugleich sind die Anforderungen an diese deutlich gestiegen. Im Sinne einer vorausschauenden Planung müssen ausreichend Flächen zur Verfügung gestellt und diese schnell nutzbar gemacht werden. Gewerbeflächenplanung ist eine Angebotsplanung, die sich an den Bedarfen der Wirtschaft orientieren sollte. Die Ausweisung geeigneter Flächen muss mit Blick auf die realistische Umsetzung und Marktfähigkeit erfolgen. Denn: Flächen bedeuten Entwicklungspotenziale!

Kooperationen als Schlüssel zu attraktiven Gewerbeflächenangeboten nutzen: Es ist wichtig, den großen Mehrwert einer aktiven und strategischen Gewerbeflächenentwicklung auf kommunaler und regionaler Ebene zu erkennen. Interkommunale Gewerbegebiete ermöglichen eine höhere Standortqualität und wirken der Zersiedlung entgegen. Darüber hinaus lassen sich regionale Schwerpunkte bzw. Premiumstandorte bilden sowie großflächige Entwicklungsperspektiven aufzeigen.

Digitales Flächenmonitoring entwickeln – auch regional: Interkommunale Flächenpools ermöglichen einen Überblick über Bautätigkeiten und bestehende Reserve- und Potenzialflächen. Sie dienen als Informations- und Entscheidungsgrundlage für zukünftige Entwicklungen auf Basis realer Bedarfe.

Gewerbebestandsflächen schützen und Nutzungskonflikte vermeiden: Vorhandene Gewerbeflächen sollten durch ein klares Trennungsgebot und Regelungen zu einem Umgebungsschutz vor konkurrierenden Nutzungen geschützt werden (z.B. durch heranrückende Wohnbebauung in Misch- oder Urbanen Gebieten).

Nachhaltige Gewerbegebiete entwickeln und zukunftsfähig betreiben: Vielfältige Faktoren und Megatrends bedingen den großen Transformationsbedarf in Gewerbegebieten. Hinzu kommt Anpassungsdruck aufgrund steigender Vorgaben des Natur- und Klimaschutzes. Zur Stärkung der Resilienz und energieeffizienten Entwicklung von Gewerbeflächen sollten Kommunen und Unternehmen im Schulterschluss Strategien und Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung der Gewerbegebiete erarbeiten. Das bedeutet aber auch, dass unternehmerisches Handeln in Politik, Verwaltung und Gesellschaft wieder mehr Wertschätzung erfahren muss.



Angebot der IHK für mehr Transparenz und Partizipation:

- **IHK-Gewerbeflächenumfragen:** Mit IHK-Gewerbeflächenumfragen unterstützt die IHK bei der Ermittlung von unternehmerischen Bedarfen und identifiziert Handlungsfelder.
- **IHK-Beteiligungsportal:** Mit dem IHK-Beteiligungsportal setzt sich die IHK für mehr Transparenz und eine stärkere Beteiligung von Unternehmen bei aktuellen Planverfahren auf unterschiedlichen Ebenen ein, so zum Beispiel bei Bebauungs- und Flächennutzungsplänen, Raumordnungsverfahren oder weiteren raumbedeutsamen Fachplanungen. Mit Hilfe des IHK-Beteiligungsportals können Mitgliedsunternehmen ihre Belange und Vor-Ort-Kenntnisse an die IHK weiterleiten. Diese Rückmeldungen nimmt die IHK in ihre Stellungnahmen, in denen sie die Interessen der Unternehmen abwägend und ausgleichend vertritt, auf.

Kontakt

Fabian Göttlich

Geschäftsführer Interessenvertretung

☎ 0261 106-214

✉ goettlich@koblenz.ihk.de

Hannah Matheja

Referentin Regional- und

Stadtentwicklung

☎ 0261 106-219

✉ matheja@koblenz.ihk.de

ÜBERREGIONALE HANDLUNGSFELDER DER KOMMUNALEN STANDORTENTWICKLUNG:

Zuwanderung von Arbeits- und Fachkräften

Fachkräftemangel eine der größten Herausforderungen für Betriebe:

Der Fachkräftereport 2023 der rheinland-pfälzischen IHKs zeigt: Stellenbesetzungen brauchen immer mehr Zeit. Zudem wird jeder Dritte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Rheinland-Pfalz innerhalb der nächsten 15 Jahre in den Ruhestand wechseln. Es klafft bis ins Jahr 2035 eine geschätzte Fachkräftelücke von rund 500.000 Personen.

Novellierung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes:

Bereits heute haben 12,4 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im IHK-Bezirk Koblenz ausländische Wurzeln. Um mehr Menschen aus Ländern außerhalb der EU für eine Arbeit in Deutschland zu gewinnen, hat die Bundesregierung die Regelungen zur Fachkräfteeinwanderung 2023 angepasst. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz hat zwar Erleichterungen gebracht, erste Erfahrungen zeigen jedoch, dass weiterhin Handlungsbedarf besteht, insbesondere auch bei der Umsetzung geltender Regelungen. Gerade bei der Fachkräfteeinwanderung sind die Kommunen trotz Strapaazierung der kommunalen Finanzen also gefordert.

Willkommensstrukturen für internationale Fachkräfte:

Schlanke Bürokratie: Kommunen haben einen entscheidenden Vorteil im Prozess der Erwerbsmigration: Sie können schneller und persönlicher agieren. Wenn zugewanderte Fachkräfte und ihre Familien in der Region ankommen, ist der Weg zur Kreis- oder Gemeindeverwaltung häufig der erste. Hier gilt es, neben schlanken und transparenten Prozessen für Arbeitgeber und Fachkräfte und der Digitalisierung der Ausländerbehörden eine Kommunikation des Willkommens aufzubauen und nach außen zu tragen. Die Einrichtung von Ansprechpartnern für Fachkräfte und Arbeitgeber kann hierbei helfen, den Einwanderungsprozess zu erleichtern und zu beschleunigen.

Bezahlbarer Wohnraum: Einer der wichtigsten Faktoren im Ankommen in der neuen Heimat ist bezahlbarer Wohnraum. Dies betrifft sowohl Übergangslösungen für die erste Zeit als auch langfristige Lösungen, wenn Fachkräfte einen Familiennachzug anstreben. Mittelfristig müssen hier gemeinsam mit der Wirtschaft kommunale Lösungen gefunden werden, die zur Attraktivität der Region für ausländische Fachkräfte beitragen und Wohnraum nachhaltig sichern.

Sprache und Bildung: Nicht nur die Arbeitgeber sind auf gute Deutschkenntnisse ihrer neuen Fachkräfte angewiesen. Der zügige Spracherwerb hilft den Zugewanderten bei einer nachhaltigen Integration in unsere Kultur und Gesellschaft. Die Kommunen sind daher gefordert, lokale und regionale Sprach- und Bildungsangebote zu unterstützen und kreative Lernlösungen zu finden.

Willkommenskultur: Damit Zugewanderte auch privat bei uns ihre neue Heimat finden, müssen diese in Stadt- und Dorfleben eingebunden und ermutigt werden, sich in Vereinen oder bei regionalen Festen ehrenamtlich in unserer Gesellschaft zu engagieren.



Angebot der IHK für eine schnellere Arbeitsmarktintegration:

- **Welcome Center:** Die Einrichtung der Welcome Center erfolgte 2015 als gemeinsame Initiative der Landesregierung und der rheinland-pfälzischen IHKs. Dort erhalten Unternehmen Informationen zu Rekrutierung und Onboarding von Fachkräften aus dem Ausland. Interessierten Fachkräften werden die richtigen Ansprechpartner zur Einreise und Anerkennung ihrer Qualifikationen vermittelt.
- **Berufsanerkennung von ausländischen Abschlüssen durch die IHK-FOSA:** Um in Deutschland eine Arbeit aufnehmen zu können, müssen ausländische Fachkräfte in den meisten Fällen mit Ihrem beruflichen Abschluss aus dem Herkunftsland ein Anerkennungsverfahren durchlaufen. Die IHK Foreign Skills Approval als bundesweites Kompetenzzentrum der IHKs zur Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsabschlüsse koordiniert diesen Prozess. Für eine individuelle Erstberatung steht die IHK Koblenz zur Verfügung und geht dabei zusammen mit den Antragstellern sämtliche Unterlagen durch und hilft bei der Bestimmung des richtigen deutschen Berufsabschlusses, mit dem der Vergleich vorgenommen werden soll.

Kontakt

Susanne Ditzer

Referentin Fachkräftesicherung/
Welcome Center

☎ 0261 106-283

✉ ditzer@koblenz.ihk.de

Andreas Herla

Teamleiter Ausbildungs-
und Qualifizierungsberatung

☎ 0261 106-271

✉ herla@koblenz.ihk.de

ÜBERREGIONALE HANDLUNGSFELDER DER KOMMUNALEN STANDORTENTWICKLUNG:

Innenstadtmanagement und Gastgewerbe



Strukturwandel in zentralen Wirtschaftssektoren:

Die Innenstädte in den Städten und Gemeinden in Rheinland-Pfalz befinden sich – erst recht seit der Corona-Pandemie – im Wandel. Der stationäre Handel spielt für Attraktivität und Vielfalt zwar nach wie vor eine zentrale Rolle, doch erst die Multifunktionalität einer Innenstadt über den reinen Versorgungsstandort hinaus sorgt dafür, dass Frequenzen für die Zentren geschaffen werden können. Für Rheinland-Pfalz ist darüber hinaus insbesondere der Tourismus sowohl Wirtschafts- wie auch Standortfaktor. Doch der Strukturwandel im Gastgewerbe hat – auch bedingt durch unzureichende Nachfolgeregelungen, Überalterung der aktuellen Inhaber, hohe Investitionsstaus und strukturelle Defizite – bereits eingesetzt und ist in den Mittelgebirgen im Vergleich zu den Flusstälern bereits deutlich vorangeschritten.

Impulse für einen erfolgreichen Transformationsprozess:

Um die praktische Anwendbarkeit von Lokalen Entwicklungs- und Aufwertungsprojekten (LEAPs) zu gewährleisten, wurde das zugrunde liegende Gesetz 2021 durch die Landesregierung novelliert. Damit werden sogenannte Business Improvement Districts (BIDs), die sich in anderen Bundesländern und im internationalen Umfeld bereits als erfolgreiches Instrument zur Innenstadtentwicklung etabliert haben, auch in Rheinland-Pfalz möglich. Auch die Tourismusstrategie Rheinland-Pfalz 2025 wird kontinuierlich fortgesetzt und ist als dauerhafter Entwicklungs- und Umsetzungsprozess konzipiert. Zudem engagieren sich zahlreiche Initiativen – oftmals getragen vom lokalen Handel und der Gastronomie und gefördert mit Mitteln von Bund und Land – vor Ort, um ihre Innenstädte und Ortszentren lebenswerter und attraktiver zu gestalten. Doch auch die Kommunen können weitergehende Weichen stellen.

Zukunftsfähige Weichenstellungen im Bereich der Stadtentwicklung und des Tourismus:

Erlebnis- und Begegnungsorte stärken: Die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, Festen und Märkten muss einfach, pragmatisch und bürokratiearm möglich sein. Hierbei sind die Aufsichts- und Genehmigungsbehörden besonders gefragt. Kommunen sollten daneben auf die Erhebung von zu hohen Stellplatzablösesummen verzichten und dem Einzelhandel angemessene Möglichkeiten zur Werbung einräumen. Hierfür ist es sinnvoll Stellplatz- und Sondernutzungssatzungen partizipativ zu erarbeiten. Mit Blick auf die Ladenöffnung sollte der Anlassbezug, der verkaufsoffene Sonntage bislang nur im Zusammenspiel mit Festen, Märkten und ähnlichen Veranstaltungen zulässt, abgeschafft werden. Zudem müssen auch die Adventssonntage im Dezember für eine zusätzliche Ladenöffnung freigegeben werden. Diese sind bislang von der Möglichkeit zur Sonderöffnung ausgeschlossen. Und auch Angebotsformen wie der automatisierte Warenverkauf über Warenautomaten sollten bei Einzelfallprüfungen von Seiten der Kommunalverwaltungen nicht kritisch betrachtet werden.

Kommunale Einzelhandelskonzepte: Eine positive Innenstadtentwicklung lässt sich unter anderem durch eine innenstadtorientierte Ansiedlungspolitik begünstigen. Diese kann unter anderem durch eine flächendeckende Ausarbeitung und regelmäßige Aktualisierung von kommunalen Einzelhandelskonzepten realisiert werden. Eine verbindliche Übernahme der Einzelhandelskonzepte in die Bebauungspläne ist im Hinblick auf die Planungs- und Investitionssicherheit von Unternehmen sinnvoll.

Effiziente Organisationsstrukturen: Bei großflächigen Ansiedlungsvorhaben sollte eine stärkere Zusammenarbeit auf interkommunaler Ebene gefördert und insgesamt eine Intensivierung des kooperativen Zusammenwirkens von Wirtschaft, Politik und Kommunalverwaltung angestrebt werden. Sie ist die Basis, um mit professionellen Strukturen in Form von aktivem City- und Leerstandsmanagement auf die Herausforderungen dieser Zeit zu reagieren. Neben einem aktiven Standortmarketing muss auch eine überregionale Vermarktung der (Einkaufs-)Region stattfinden. Und auch im Tourismus erfordern komplexe Aufgaben, Schnelligkeit und überregionaler Wettbewerb starke Tourismusorganisationen auf der lokalen Ebene. Daher ist die konsequente Bündelung vorhandener personeller und finanzieller Ressourcen und eine kooperierende Zusammenarbeit notwendig.

Angebot der IHK:

- **IHK-Initiative „Heimat shoppen“:** Mit der Kampagne „Heimat shoppen“, an der sich zahlreiche rheinland-pfälzischen Kommunen beteiligen, betonen die IHKs die Bedeutung des lokalen Einzelhandels durch zahlreiche Aktionen und entsprechenden Werbemitteln, die den teilnehmenden Unternehmen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.
- **IHK-Initiative „HOGANEXT“:** Unter dem Dach von „HOGANEXT“ bietet die IHK Koblenz seit 2020 unterschiedlichste Veranstaltungsformate an, mit dem Ziel, dem Personalmangel in der Tourismusbranche zu begegnen.

Kontakt

Sven Klein

Referent Handel und Stadtmarketing

☎ 0261 106-291

✉ klein@koblenz.ihk.de

Christian Dübner

Referent Tourismus

☎ 0261 106-306

✉ duebner@koblenz.ihk.de

AGENDA FÜR EINE STARKE WIRTSCHAFT im Westerwaldkreis



Der Wirtschaftsstandort im Überblick:

Der Westerwaldkreis befindet sich im nördlichen Rheinland-Pfalz am Dreiländereck mit den angrenzenden Bundesländern Hessen und Nordrhein-Westfalen. In 10 Verbandsgemeinden leben hier etwa 206.000 Menschen¹.

- **IHK-zugehörige Unternehmen (2024):** 14.849, davon 14,0 Prozent im produzierenden Gewerbe, 26,3 Prozent im Handel, 54,6 Prozent im Dienstleistungsbereich und 3,9 Prozent im Gastgewerbe
- **Beschäftigte:** 72.370 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (2023)²
- **Bruttoinlandsprodukt:** 7,6 Mrd. EUR (2021)³. Das produzierende Gewerbe ist nach wie vor der stärkste Wirtschaftszweig – etwa die Hälfte der Bruttowertschöpfung trägt die Industrie bei. In den zurückliegenden Jahrzehnten hat sich aber auch ein dynamischer Strukturwandel mit starker Zunahme der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich vollzogen.

Rückblick: Was hat sich seit 2019 getan?

Wirtschaftliche Entwicklung: Mit Blick auf das Bruttoinlandsprodukt ist der Westerwaldkreis, der 2024 sein 50-jähriges Jubiläum feiert, zweitstärkster Kreis in Rheinland-Pfalz. Das spricht für den Wirtschaftsstandort und die handelnden Akteure.

Innovationsumfeld: Positiv ist zudem zu bewerten, dass es im Kreis starke, öffentlich nicht sehr auffällige Betriebe mit hohem Technologiegrad (sog. Hidden Champions) gibt. Generell zeichnen sich viele mittelständische Unternehmen der Region im produzierenden Bereich durch hohe Eigenentwicklungsintensität zur Verbesserung der Produktivität aus.

Bildungslandschaft als Stärke des Westerwaldkreises: Positiv einzuschätzen ist vor allem die hohe Bereitschaft zur Umsetzung des Dualen Ausbildungssystems in der Region und das Angebot an weiterführenden Bildungseinrichtungen in der nächsten Umgebung sowie das Wirken der Berufsbildenden Schulen (BBSn), beispielsweise der innovative Ansatz der BBS Westerburg. Zudem engagieren sich die Verbandsgemeinden bei der Ausrichtung von Ausbildungsmessen.



¹ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2022)

² Bundesagentur für Arbeit

³ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (BIP im gesamten Bundesland Rheinland-Pfalz 2021: 162 Mrd. EUR)

Blick in die Zukunft: Was sind Top-Themen für die Standortpolitik vor Ort?

Bessere verkehrstechnische Erschließung des oberen Kreisteils sowie Investitionen in das Breitbandnetz und die 5G-Infrastruktur: Der Ausbau der B 255, der Erhalt und die Pflege der Kreis- und Gemeindestraßen und ein langfristig attraktiver Fahrplan der Bahn am ICE-Bahnhof Montabaur in Verbindung mit einem guten ÖPNV-Angebot sind von großer Bedeutung, um eine gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur sicherzustellen. Zudem sind vorausschauende Investitionen in das Breitbandnetz, insbesondere mit Blick auf die Anbindung von Gewerbegebieten, erforderlich, um die digitale Infrastruktur zu verbessern.

Professionellere Vermarktung des Westerwaldkreises: Für eine professionelle Vermarktung des Kreises als attraktive Tourismusdestination könnte eine positive Marke „Westerwald“ installiert werden. Die Initiative hierzu könnte von der bereits bestehenden gemeinsamen Dachmarke „Wir Westerwälder“ – also durchaus auch in Kooperation mit den benachbarten Landkreisen Altenkirchen und Neuwied – ausgehen. Inhalte einer solchen Initiative könnten das Herausarbeiten eines Alleinstellungsmerkmals der Region Westerwald mit dem Ziel einer nachhaltigen Image-Kampagne im Sinne von „Pro WW“ sein, das Präsentieren attraktiver Arbeitgeber, das Initiieren einer Dorferneuerungs-, Sanierungs- und Verschönerungskampagne, sowie eine Initiative für ein sog. „Landleben“-Festival, das auch junge Menschen anspricht.

Intensivierung des Netzwerkgedankens: Die Intensivierung der Zusammenarbeit und des generellen Austauschs im Kreis zwischen Behörden, Gymnasien und Unternehmen würde den Netzwerkgedanken stärken und den Erfahrungsaustausch sowie die kooperative Lösung von Herausforderungen fördern. In manchen Städten und Verbandsgemeinden gibt es solche Runden bereits – dies sollte kreisweit Schule machen. Es würde eine stärkere lokale Gemeinschaft, gegenseitiges Verständnis und eine besser vernetzte regionale Wirtschaft bedeuten.

Rohstoffsicherung: Im Westerwaldkreis sind wichtige Tonvorkommen zu finden (wichtigstes Tonrevier Westeuropas). Hierbei nimmt die Region eine Monopolstellung im gesamten Bundesgebiet ein. Für einen großen Teil der Industriebeschäftigten bilden die Gewinnung und Weiterverarbeitung der heimischen Rohstoffe daher die Existenzgrundlage. Dieser Besonderheit und Relevanz heimischer Rohstoffe für die Region und darüber hinaus muss entsprechend Rechnung getragen werden – von der strategischen Flächensicherung bis zum Wissenstransfer aus Forschung und Entwicklung.

Das macht die IHK:

- **Leitkammer Keramikberufe:** Zu den Aufgaben einer Leitkammer gehören unter anderem die Bildung, Berufung und Konstituierung eines (Bundes-) Fachausschusses sowie die Aufgabenerstellung und deren Beschlussfassung für jährlich ca. 250 Prüfungen in den Keramikberufen (Industriekeramiker/in in den Fachrichtungen Anlagentechnik, Dekorationstechnik, Modelltechnik, Verfahrenstechnik sowie Prüftechnologie/-technologin Keramik).
- **Jahresempfang der Westerwälder Wirtschaft:** Die IHK ist Mitveranstalter der Veranstaltung, an der sich Gäste aus Wirtschaft, Politik, Bildung, Forschung und Gesellschaft treffen.
- **Koordination des Engagements der Wirtschaftsunioren:** Die IHK koordiniert das Engagement der Wirtschaftsunioren Westerwald-Lahn über die in der IHK angesiedelte WJ-Geschäftsstelle, um junge Unternehmerinnen und Unternehmer zu fördern und zu vernetzen.

Kontakt

IHK-Regionalgeschäftsstelle
Westerwaldkreis/Rhein-Lahn-Kreis
Bahnhofplatz 2-4 (ICE-Park)
56410 Montabaur

☎ 02602 1563-0

✉ mt@koblenz.ihk.de

Jens Geimer
IHK-Vizepräsident

Laura Corinna Heuchemer
Vorsitzende des Regionalbeirats

Richard Hover
Regionalgeschäftsführer

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Koblenz
Schlossstraße 2
56068 Koblenz

☎ 0261 106-0
@ service@koblenz.ihk.de

Stand: April 2024

Bildnachweis: stock.adobe.com

Redaktion

Fabian Göttlich
Geschäftsführer Interessenvertretung

Manuel Heigl
Referent für wirtschaftspolitische Grundsatzfragen